

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.40, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202.

Wittwoch, den 30 August 1905.

12. Jahrg.

Organ einer Bewegung.

Konfusionsismus.

Wie haben unseren Lesern bereits Kenntnis gegeben von dem Beschlusse mehrerer tausend lokalorganisierter Arbeiter, die mit der Gründung einer neuen Partei droht, wenn nicht der Parteitag in Genua sich auf den Boden des anarcho-konfusionsistischen stellt. Die bürgerliche Presse ist ganz erfüllt von diesem Beschlusse und prophezeit das „Zerbrechen“ der deutschen Sozialdemokratie, o. h. ihren Untergang.

Derartige Hoffnungen können nur in den Gehirnen solcher Sozialisten leben, die keine Ahnung von der geringen Bedeutung der anarcho-konfusionsistischen Bewegung und der lokalen Gewerkschaftsrichtung im Vergleich mit der deutschen Sozialdemokratie haben, und die auch die gute politische Schulung des organisierten Arbeiterstandes der Arbeiterklasse Deutschlands nicht kennen. Was nützt aber die angelobte „Spaltung“ ein lächerliches Hirngespinnst ignoranten kapitalistischer Propagandisten, so hat es doch Interesse, den Gedankengängen, von denen die Versammlung beeinflusst wurde, ein wenig nachzugehen.

Der Vortragende Dr. Friedberg selbst bezog seine Ansichten, wie der „Vorwärts“ berichtet, mit dem Namen Anarcho-Sozialismus und der Kernpunkt der angenommenen Resolution, die von der Lösung der erwählten Gewerkschaften vorgelegt wurde und deshalb nicht als Gelegenheitsprodukt angesehen werden kann, ist die Ablehnung der politischen Aktion. Die Versammlung stellte sich also mit ihrem Referenten auf den anarcho-konfusionsistischen Standpunkt. Während die Resolution die Bedingung aufstellt, der Klassenkampf müsse kein politischer sein, erhebt sie den Vorwurf, das deutsche Proletariat habe unter dem Einfluß des dogmatischen Marxismus seine Kraft vornehmlich der Umänderung der ökonomischen Verhältnisse gewidmet. Die Behauptung ist falsch und der Vorwurf zugleich ein Widerspruch gegen die Forderung, daß der Klassenkampf kein politischer sein dürfe.

Das Programm der sozialdemokratischen Partei stellt den Satz auf: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.“ Die Aktion des in der sozialdemokratischen Partei organisierten Proletariats ist nämlich darauf gerichtet, durch die politische Aktion politische Freiheiten zu erkämpfen und die politische Gewalt im Staate zu erobern. Wenn und soweit sie dabei auch auf die Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse gewirkt hat, so braucht das doch keinen Anlaß zum Vorwurf zu geben im Munde von Leuten, die den politischen Kampf verwerfen und sich ohnedem als Vertreter des Sozialismus bezeichnen und keine Ziele sehr schnell durch Verneinung der Taktik erreichen wollen. Ist doch die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse wesentlicher Inhalt des Sozialismus und die Verwirklichung des idealen Gehalts des Sozialismus, die geistige und sittliche Befreiung der Arbeiterklasse, an die ökonomische Befreiung als notwendige Voraussetzung gebunden. Und sollte der Ton des Vorwurfs darauf liegen, daß der bisherige Kampf der Arbeiterklasse lediglich der ökonomischen Veränderung gegolten habe, so ist auch das falsch. Die Arbeiterklasse hat sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer gewerkschaftlichen Organisation nach Kräften auch für ihre geistige Befreiung gekämpft, sie hat ihre Kraft alle Bestrebungen des geistigen und sittlichen Fortschritts eingesetzt.

Die Resolution will den Klassenkampf seines politischen Charakters entkleiden, will aber mit Hilfe des Streiks die Klassenherrschaft beseitigen. Darüber, wie die Klassenherrschaft ausgerottet wird, gleitet die Resolution ebenso hinweg, wie darüber, was auf die Klassenherrschaft folgen soll. Für jeden, der nicht an die Stelle klaren Denkens eine unklare Revolutionsromantik setzt, liegt es auf der Hand, daß die Klassenherrschaft repräsentiert wird durch die organisierte Staatsgewalt, die Bureaucratie und die Parlamente, die über die Machtmittel des Staates verfügen. Sie sind mittelbar und unmittelbar unter dem Einflusse und in den Händen der Kapitalistenklasse. Die Klassenherrschaft kann nur gestürzt werden, indem das Proletariat die Herrschaft über die Machtmittel des Staates erobert. Selbst wenn man von den Mitteln hierzu, von der Taktik, absteht, handelt es sich also um einen politischen Kampf, den Kampf um die politische Macht im Staate. An die Stelle der jetzt den Staat beherrschenden Kapitalistenklasse muß das demokratisch organisierte Volk treten, die Herrschaft der Mehrheit an Stelle der Minderheitsherrschaft; das Selbstbestimmungsrecht des Volkes muß an die Stelle der Bevormundung durch eine Clique treten. Das ist aber voraus, daß eine Mehrheit vorhanden ist, fähig und willens, von ihrem Rechte und ihrer Macht Gebrauch zu machen. Wie denkt man sich die Ausübung der Volksherrschaft, wenn eine indifferente, unaufgeklärte Masse, die den Druck der Bevormundung noch gar nicht empfindet, die auf Kommando ihrer Herren zur Wahlurne geht und stimmt, wie der Herr befiehlt, wenn eine solche Masse doch wieder die Herren auf den Schild erhebt?

Selbst angenommen, es gelänge einer Minderheit, durch revolutionäre Alle die Staatsgewalt an sich zu reißen, was wäre gewonnen, wenn die Mehrheit sie im Stiche läßt, sobald sie zur ersten Wahl nach dem Entscheidungskampfe aufgerufen wird?

In Rußland kämpft zurzeit das Volk einen heroischen Kampf um ein Mindestmaß von politischer Freiheit. Man kann nicht hundertmüßig kämpfen, nicht mehr Opfer bringen, als die russischen Proletarier, deren Kampf zudem unterstützt wird durch die Intelligenz. Daß sie die Klassenherrschaft durch den gegenwärtigen Kampf beseitigen könnten, wird niemand behaupten wollen. Es kann sich nur darum handeln, ein Maß von politischer Freiheit zu erlangen, mit dessen Hilfe der Kampf um Beseitigung der Klassenherrschaft mühsamer als bisher geführt werden kann. Auch wir können nur so kämpfen, daß wir alle vorhandenen Mittel zum Befreiungskampfe benützen. Wir würden uns selbst die Hände binden, wollten wir auf die Mittel des parlamentarischen Kampfes verzichten und das Proletariat mit der Idee des Generalstreiks im Sinne dieser Resolution blenden. Das thut nicht, die Köpfe revolutionärer, sondern sie verwirren. Die Köpfe revolutionärer, das heißt, die Arbeiter zum Selbstbewußtsein zu erziehen, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, wie empörend das System der Bevormundung müßiger Männer durch eine kleine Clique Herrschender ist, sie lehren, politische Rechte und Freiheiten zu schützen und zu ihrem Vorteil zu gebrauchen, sie über die Ursachen ihres Elends, über die Ausbeutung und deren offene und geheime Wege aufzuklären und ihnen zu zeigen, auf welchem Wege sie die politische Bevormundung und die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigen können. Diesen Weg muß man aber selbst erst kennen, wenn man ihn andern zeigen will. Die Resolutionenmacher vom Generalstreik zeigen durch ihre Resolution nur, daß sie selbst über das Stadium unklaren Fühlens noch nicht hinausgekommen sind. Sie schädigen den Befreiungskampf des Proletariats durch den Rat, auf die bisherigen Kampfmittel zu verzichten. Nur in langsamem, jäher Arbeit unter Verwendung aller gebotenen Mittel kann die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gelangen; jede neue erzwungene Position muß ihr wieder zur Waffe werden, mit der sie endlich die Klassenherrschaft brechen und die Ausbeutung beseitigen kann. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch der Generalstreik einmal ein Mittel sein kann, neue Vorteile zu erringen, die Rechte des Proletariats zu erweitern, aber auch dann würde es diese wieder nur benützen können, weiter zu kämpfen, also politisch zu kämpfen, bis die Mehrheit des arbeitenden Volkes seinen Vorkämpfern folgt. Erst dann wird es imstande sein, die Staatsgewalt dauernd in Besitz zu nehmen und dann unter freien politischen Verhältnissen nach demokratischen Grundsätzen sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Politische Wankstühle.

Die Fleischnot hat einigen „wissenschaftlich“ gebildeten Männern Anlaß zu der Behauptung gegeben, daß der ganze „Fleischnot-Raumel“ nur eine, die Absicht der Verhütung an der Stirn tragende Maske sei, da auch der schwer arbeitende Mensch sehr gut ohne Fleisch leben könne. Demgegenüber ist eine Abhandlung Otto Cohnheims, der an der Heidelberger Universität lehrt, in den „Süd-deutschen Monatsheften“ von Interesse. In diesem „Ernährungsprobleme“ überschriebenen Artikel wird der Nachweis geliefert, daß die Fleischnahrung auch für die städtischen und Industriearbeiter eine physiologische Notwendigkeit ist. Nachstehend geben wir einen Auszug aus dem Artikel wieder:

Die Nahrung des Menschen setzt sich aus Eiweißkörpern, Fetten und Kohlehydraten zusammen. In den meisten Nahrungsmitteln werden diese drei in Gemenge genossen, nur etwa Zucker und Butter sind rein als Kohlehydrat bezw. reines Fett. Am eiweißreichsten ist Fleisch, dann Fisch, Ei, Käse. Es ist weiter bekannt, daß der gesamte menschliche Stoffwechsel ein Verbrennungsprozess ist. Die Nahrung liefert durch ihre Verbrennung dem menschlichen Körper die Energie, deren er bedarf. Ihr Wert bemisst sich daher nach der Energiemenge, die sie liefert, und läßt sich wie bei jeder Energie, durch sogenannte Wärmeinheiten oder Kalorien messen.

Soweit man nun bisher die Nahrung irgend welcher Menschen und Völker untersucht hat, hat man immer eine gewisse, und zwar ziemlich gleichmäßige Menge von Eiweiß gefunden. Bei den ganz schlecht genährten, aber auch zu jeder intensiven Arbeit unfähigen Zittauer Handwebern, unter den Armen Madagaskars, und unter der ärmsten Negervölkerschaft Madagaskars fand man freilich viel geringere Menschen. Aber bei gut genährten Menschen fand man immer und überall in der von ihm verzehrten täglichen Nahrung die annähernd gleiche Eiweißmenge. Sie beträgt rund 100 Gramm täglich. Interessant ist dabei vor allem, daß diese Menge die gleiche ist für Menschen aller Berufe.

Nun aber weiter. Der Gesamtenergiebedarf eines Menschen wird fast ausschließlich von seiner Muskelarbeit bestimmt. Die geistige Arbeit kommt in der Nahrung nicht zum Ausdruck. Ob jemand sein Gehirn anstrengt oder es völlig ruhen läßt, ändert, soweit wir heute wissen, an dem Energiebedarf eines Körpers nichts. Nach der Energiemenge, die der Mensch zur Aufrechterhaltung seiner Körpertemperatur braucht, ist fast stets die gleiche. Um so größer ist der Einfluß der Muskelarbeit. Wer völlig ruhebedürftig im warmen Zimmer liegt, braucht täglich 1500—1700 Kalorien (Wärmeeinheiten). Wer durch seinen Beruf zur ständigen Lebensweise gelehrt wird, produziert 2100—2400 Kalorien. Bei leichter Handarbeit beträgt der Bedarf auf 2800, bei Landarbeitern auf 4000 bis 6000 Kalorien. Der Durchschnitt ergibt 2270 Kalorien für den ruhenden, 4550 Kalorien für den körperlich stark arbeitenden Menschen, also genau das Doppelte.

Daraus ist nun eine wichtige Schlussfolgerung zu ziehen, wenn nämlich die Gesamtmenge der Kalorien je nach der Arbeit variiert, die Eiweißmenge aber für alle Menschen gleich ist, so muß die Nahrung für körperlich nicht oder nur leichter arbeitender Menschen relativ eiweißreicher sein, da sie die gleiche absolute Eiweißmenge in einer kleineren Menge von Gesamtnahrung enthalten muß. Die eiweißreichsten Nahrungsmittel sind nun, wie schon erwähnt, Fleisch und andere aus dem Tierreich stammende Produkte. Wir sehen denn auch, wie die Nahrung um so reicher an Fleisch wird, je weniger Muskelarbeit der Mensch leistet. Vergleicht man verschiedene Völker oder verschiedene Entwicklungsstufen eines und desselben Volkes, so zeigt sich immer: in dem Maße, in dem die reine Hand- und Muskelarbeit durch die Kopfarbeit oder durch die Arbeit an der von Menschen nur beaufsichtigten Maschine ersetzt wird, in dem Maße nimmt der Fleischgehalt zu. An deutlichsten wird das, wenn man ländliche und städtische Bevölkerung vergleicht. Auch die moderne industrielle Arbeiterbevölkerung lebt „von ihrer Hände Arbeit“. Aber diese ist durchaus anders als die der Landarbeiter. Die Beaufsichtigung und Lenkung komplizierter Maschinen erfordert wie jede andere qualifizierte Arbeit Aufmerksamkeit, Intelligenz und Geschicklichkeit, aber nicht enger soviel Muskelkraft wie Mähen, Dreschen, Holzfällen. Also ändert sich für jenen auch Menge und Art der Arbeit. Die städtische Bevölkerung ist im ganzen weniger, aber diese Nahrung ist qualitativ anders, eiweißreicher, also mehr Fleisch und Mineralien enthaltend. Um es ganz deutlich zu machen, noch ein Beispiel: Ein Landarbeiter N. leistet schwere Muskelarbeit; er bedarf also einer Nahrung, die ihm 5000 Kalorien liefert. Wenn er nur von Brot, Kartoffeln und anderen Vegetabilien lebt, so erhält er in den 5000 Kalorien mitohes 100 Gramm Eiweiß, je mehr. Später kommt der Mann in einer Stadt zu einer sitzenden Beschäftigung. Er bedarf daher nur noch 2500 Kalorien. Behält er nun seine ländliche Nahrung ihrer Zusammensetzung und Menge nach bei, so kann das sein Körper auf die Dauer nicht bewältigen, istränkt er sie aber in der alten Zusammensetzung auf die Hälfte ein, so bekommt er auch nur die Hälfte, also 50 Gramm Eiweiß. Er muß daher, um die fehlenden 50 Gramm zu erhalten, mehr animalische Stoffe, z. B. 250 Gramm Fleisch, hinzusetzen.

Aus alledem ergibt sich nach Conheim, daß der Genuß von Fleisch und anderen eiweißreichen Nahrungsmitteln für die Klasse, die das Gros der städtischen Bevölkerung ausmacht, also die Arbeiter, eine physiologische Notwendigkeit und keine unerlaubte Begehrlichkeit ist.

Aber auch diese Feststellung wird die Junker mit ihrem Bod an der Spitze nicht abhalten, nach wie vor das Vorhandensein einer Fleischnot abzuleugnen.

Der rote Sonntag in Straßburg. Das war eine Versammlung, wie sie Straßburg so gar nicht erlebt hat. Und, wenn Bebel sagte, man müsse es dem Katholikentag danken, daß er diese wunderbare Versammlung ermöglicht hat, so zeigte gerade der enthusiastische Beifall, das begeisterte Zurufen der Massen, das auf diese Worte folgte, wie richtig diese Auffassung ist. 8000 Menschen hatten sich zusammengedrängt, nicht aus äußerem Zwang, nein, getrieben durch innere, fest gegründete Ueberzeugung. Selber mußte das weite Lokal schon früh polizeilich abgesperrt werden, so daß Laufende umkehren mußten. Nach von Diten der Umgebung waren viele Gäste eingetroffen. Schon bei den Begrüßungsworten Bebel's zeigte sich die Begeisterung. Was aber Bebel die Tribune betrat, erschollen kühnliche, nicht enden wollende Beifall- und Hochrufe, wie sie noch nie in Straßburg gehört worden waren. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Massen den 2 1/2 stündigen Ausführungen unseres Genossen. Mit überzeugender Gewalt und oft starker Leidenschaft gefällte der Redner die Politik des Zentrums und warb unserer Sache neue Anhänger. Das Wort befristete sich

wieder vom jugendlichen Geist. Denn wie bestand er es, das Publikum zu packen! Zuerst, als er den Dank an den Göttern zu versetzen, dann, als er die „römische Frage“ auf die Leistungsfähigkeit des früheren Kirchenstaates hin in treffender und in humorvoller Weise untersuchte! Und wie kennzeichnend war die Charakteristik des „Christentums“ jener Zeiten, wie es sich namentlich in der Arbeiterpolitik zeigt. Auch die von dem Abg. Gröber auf dem Katholikentag verteidigte „gottgewollte Ordnung“ charakterisierte der Redner meisterhaft, ohne zu übergehen, daß für die Kirche immer diejenige Ordnung die „gottgewollte“ gewesen sei, die ihren Zwecken genügt habe. Die Politik des Zentrums wurde aufs gründlichste erörtert, und als reaktionär und volksfeindlich nachgewiesen. Im Gegensatz zu dieser Politik begründete B. L. dann die Auffassungen und Forderungen der Sozialdemokratie. So konnte er treffend und glücklich das Christentum der Reichen und das Christentum der Armen scheiden, von dem aber immer die Armen Schaden haben. So gebe es in unserer Gesellschaft nur ein hüben und ein drüben, zwei schroff getrennte Klassen. Von diesem Gesichtspunkt aus wurden mit eindringlicher und eingehender Wucht die einzelnen auf dem Katholikentag erfolgten Klänge gebungen kritisch erörtert. An der Hand dieser Darlegungen schilderte Bebel dann die gesamte politische Situation. Sehr interessant war die Unterbrechung durch den überwachenden Kommissar, als Bebel über die Marx'ianerlegungen sprach, die Unzulänglichkeit gebore nicht zum Thema, das „die politische Situation und der Katholikentag“ hieß. Die von Bebel in geistvoller Weise gegebene Antwort erwiderte wieder scharfsinnigen Befall, namentlich, als er aus diesem Vorwurfsbeleg den Schluß zog: Wir müssen gegen alle kirchliche und weltliche Autorität zu Felde ziehen. Die Versammlung hat die schönsten Aussichten vor sich, und es ist sicher der beste Wille aller Anwesenden geworden, in der Sozialdemokratie die Aufgaben der menschlichen Gerechtigkeit erfüllen zu helfen, die die Kirche unerschaffen hat. Dafür liegt auch die nachhaltige Begeisterung, mit der das Publikum am Schluß der Versammlung gegen den Hierarchismus für die Sozialdemokratie demonstrierte.

Eine Folge der agrarischen Politik und nicht anders ist die Fleischnot. Das geht über uns hier aus einer amtlichen Mitteilung hervor. Nach dem statistischen Amt in Berlin stieg sich für Fleisch den durchschnittlichen Marktpreis für ein Kilogramm auf 122 Pf. im Jahre 1896, für die gleiche Gattung wurden bezahlt 123 Pf. im Jahre 1895, 124 Pf. im Jahre 1897, 125 Pf. im Jahre 1898 und 1899, 126 Pf. im Jahre 1900, 129 Pf. im Jahre 1901, 134 Pf. im Jahre 1902, 137 Pf. im Jahre 1903 und am meisten, nämlich 138 Pf. im vorangehenden Jahre. Seit 1897 ist der Preis des Rindfleischs also dauernd gestiegen, der Preis andererseits beträgt 14 Pf. — Nach Wob aber ist eine event. vorhandene Fleischmangelung weiter nichts als eine „vorübergehende Erscheinung.“

Das ist gerade der Meckel! Nach einer Meldung der „Neuen Mit. polit. Korr.“ ist Trotha als Kommandant einer zu schaffenden Kolonialarmee anzuweisen. — Hat sich denn der Mann noch nicht genug in Deutsch-Südwestafrika blamiert?

Regierung und Fleischnot. Von vertriebenen Seiten ist der Kaiser-Regierung der durchaus berechtigte Vorwurf gemacht worden, daß sie absolut nichts zur Linderung der Fleischnot unternähme. Nunmehr will sie anscheinend den Nachweis liefern, daß dieser Vorwurf unbedeutend ist; sie läßt durch Vermittelung der Landratsämter Erhebungen über die Fleischnot resp. über die Gründe derselben anstellen. So bekämpft eine preussische Regierung im 20. Jahrhundert die Fleischnot! Es ist ein Skandal! — Nach einer neueren Meldung beschränkte sich diese „Erhebungen“ nur auf die Stadt Frankfurt a. M., also nicht einmal auf Preußen. Veranlassung zu dieser „Erhebung“ gibt der Umstand, daß in Frankfurt in letzter Zeit 33 Fleischerkäben wegen schlechten Geschäftsganges geschlossen werden mußten.

Neue Kolonialforderungen. Nach einer Meldung der „Berl. N. Nachr.“ soll die Verwaltung des Kiautschou-gebietes einen Ausbau der Hafenanlagen in Tsingtau zu projektieren. Der Kostenpunkt hierfür beläuft sich auf „nur“ — acht Millionen Mark. — Die Deutschen schwelgen bekanntlich im Goldüberflusse!

Südwestafrikanische Indiskretionen veröffentlicht die „Zukunft.“ Die Tendenz des Artikels, dessen Spitze sich gegen Bülow richtet und den Ausrottungsstrategen Trotha in Schutz zu nehmen sucht, ist gleichgültig; einige Stellen des Artikels jedoch, die sich als wörtliche Auszüge aus Trothas Korrespondenz mit der amtlichen Berliner Stelle geben, verdienen Beachtung. Interessant für die Beurteilung der Lage in Südwestafrika ist z. B. die Stelle eines Trothaschen Schreibens, die lautet: „Die Lage ist durchaus nicht so, daß eine Beendigung des Aufstandes vor der Tür steht.“ Und dieses Schreiben soll von Ende Juli 1905 stammen! Ferner soll Trotha geäußert haben, daß nach Beendigung des Krieges noch 6000 Mann in fester Kriegsbereitschaft gehalten werden müßten! Ferner wird behauptet, daß in den ersten Septembertagen schon wieder die vierfache Monatsrate der Ersparnisgesellschaft abgehoben würde, also 500 Mann neuer Verstärkungen! Auch sei es keineswegs ausgeschlossen, daß nach dem Augustfesten (die ja jetzt für die nächsten Tage in Aussicht gestellt sind) Trotha nun wirklich Verstärkung (im bülow-offiziösen Sinne Verstärkungen) und nicht nur „Ergänzung“ der Schutztruppe verlange! Interessant sind auch die Hinweise auf die kolossalen Gewinne, die von den Reeder bei den Kriegstransporten eingefahren werden. Die Firma Wörmann allein habe im Herbst 1904 für ihre in Südwestafrika auf Lösung wartenden Dampfer mehr als drei Millionen Mark Liegegelder erhalten. Daß die Reeder solche glänzende Geschäfte gemacht haben, geht auch aus einem zweiten Artikel der Reichszeit hervor, der Briefe eines in den Totententkämpfern gefallenen Offiziers wiedergibt. In einem dieser Briefe heißt es: „Die Eisenbahn Swatopmund-Windhat ist eine Feldbahn, wie die Nebenbahnen an den großen Zuckersabriken. Sie kann natürlich nicht annähernd die Güter der Truppe bringen. Deshalb verdirbt der Proviant. Den Schiffen wird vom Staat für jeden Tag, den sie über vierzehn Tage auf der See liegen, eine

hohe Konventionalfraße gezahlt, die hoch in die Hunderttausende geht.“ — Man versteht danach nur zu gut, weshalb gerade die hanseatischen Reeder und Pfefferfische so energiegeladene Freunde der Walfischerei sind. Ja: tollere Kolonialabenteurer sich das Reich stützt, desto üppiger blüht ihr Wesen!

Die bayerische Regierung hat sich das Beispiel der preussischen zum Vorbild genommen; auch sie beunruhigt sich mit der „Feststellung“, daß die Viehzählung von 1. Dezbr. 1904 in Bayern 100491 Schweine mehr ergeben habe, als die Zählung von 1900. Daß diese „Feststellungen“, sofern sie sich nicht auch auf die Qualität des Viehes erstrecken, für die Rast nicht abgeben, liegt auf der Hand.

Er ist sich gleich geblieben, der Hunnenpater Naumann, indem er über die Trotha-Erklärung folgendes Urteil abgibt: „Wir haben nichts gegen Energie. Aber daß er Proklamationen ausgeben läßt, in denen er Arbeiter und Arbeiter bebrütet, ist verwerflich. Er selbst nimmt im Truppenbefehl diese Proklamations zur Hälfte wieder zurück, aber was dann noch übrig bleibt, ist nur der Mann, der gewaltig mit den Gewehren klappert und dessen Telegramme recht am an Erfolg sind.“ — Wenn man Lande von Frauen und Kindern in die Wüste treiben läßt, damit sie dort verschmachten, und wenn man schließlich, wehrlose, waffenlose Eingeborene niederzuschlagen, so ist das nur ein Klappen mit dem Gewehr! Naumann hat nichts gelernt!

Beschwichtigungstaktik. Ein Telegramm des Vorwärters Graf Wöhrn vom 27. August meldet, daß sich die Unruhen der Manamanga, Bezirk Davoa-Siam, als wenig nachhaltig erweisen und durch das rasige Eingreifen der Polizeitruppe leicht unterdrückt wurden. In Manamanga steht ein Polizeiposten. Der Gouverneur bestätigt die durch den Kommandanten des „Bischof“ übermittelte Nachricht von einem siegreichen Gefecht des Oberleutnants S. B. B. am mittäglichen Aufzuge von Siam. In den Manamangabergen stehen die Operationen ihren Fortgang. Der Kommandant hatte drei Stunden weiches von Siam gegen die größere Anzahl Aufständischer abgesetzt. Die Aufständischen hatten schwere Verluste; die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Die Besatzung ist, wie nach dem Telegramm der Kommandanten des „Bischof“ vom 26. August festgestellt werden mußte, jedoch nach dem Telegramm des Gouverneurs wieder unter Verzug. — „Wohler!“

Für die Dauer der Unruhen in Ostafrika bei dem Manamanga-Ministerium des Reichs-Marine-Amts, Leipzig, Platz 13, ein Zentral-Marktwirtschafts-Bureau eingerichtet, um das alle Anfragen u. s. w. über in Ostafrika betreffende Angelegenheiten der Marine zu richten sind.

Kalbsteisch — ein Leckerbissen. In der „Reichszeit“, wohlgerichtet, in der agrarischen „Reichszeit“, finden wir den noch heftigeren, der „Kaltblütigen“ abnormen Beitrag über die Fleischmangelung in Halle: „Der Preis für Kalbsteisch hat heute einen Stand erreicht, der für viele Konsumenten die Fleischkarte zu einem kaum erreichbaren Leckerbissen stampft, denn nur die Besten der Besten können es sich leisten, Kalbsteisch um 130 Mk., das Viertel um 140 Mk. und das 1/2 Bruchstück um 1 Mk. für das Pfund zu erhalten. Im Fleischladen ist aber unter diesen Preisen Kalbsteisch heute nicht zu haben, und deshalb geht naturgemäß der Verbrauch dieses Fleisches ravis zurück. Es kommt dies auch im Preise, der für lebende Schlachttiere auf dem Lande gezahlt wird, zum Ausdruck, indem heute nur noch 36 Pf. für das Pfund Lebendgewicht erzielt werden, während noch in voriger Woche 40 bis 42 Pf. gezahlt wurden.“ — Natürlich wird zum Schluß herbeigeholt, daß die bösen Fleischer, nicht die braven Agrarier an dieser Teuerung die Schuld tragen!

Die 13. Interparlamentarische Konferenz ist gestern in Brüssel eröffnet worden.

Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokraten. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Alzei die Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokraten. Am Sonnabendabend wurde zunächst das Geschäftsbericht erörtert. Genosse Ulrich gab den Geschäftsbericht des Landeskomitees. Er verbreitete sich eingehend über die im letzten Jahre entfaltete Agitation. Außer zahlreichen Versammlungen, die abgehalten wurden, ließ das Landeskomitee 125 000 Kalender gratis verteilen. Zur erfolgreichen Verbreitung der Agitation und Organisation, namentlich in Vogelsberg und Odenwald, soll ein LandesparteiSekretär angestellt werden, und zwar ist für diesen Posten Genosse Reichstags-Abgeordneter Dr. David auszuwählen. Ueber diesen Landessekretär entspann sich später eine ausgedehnte Debatte, weil Offenbach, Mainz und Darmstadt den Sitz dieses ParteiSekretariates wünschten. Schließlich einigte man sich dahin, es dem Landeskomitee zu überlassen, wo der ParteiSekretär seinen Sitz nehmen soll. Jedenfalls am Orte des Landeskomitees. Aus dem Posenbericht, den Genosse Urb erstattete, erhellt, daß die Finanzen der hessischen Landesorganisation gute sind. Die Gesamteinnahmen betragen 1904/05 45 450,56 Mk., die Gesamtausgaben 37 494,23 Mk. Für Agitationszwecke wurde ausgegeben 4986,53 Mk. Der Vermögensbestand beträgt 7911 Mk. Beschlossen wurde, 2000 Mk. an den Parteivorstand in Berlin abzuführen. Am Sonntag früh begannen die Verhandlungen mit einer längeren Erörterung über die Presse. Genosse Guxner-Offenbach beklagte den Mangel eines guten Wochenblattes, das sehr notwendig sei. Er bedauerte, daß die dahingehenden wiederholten Anregungen keine Beachtung gefunden haben. Ein weiterer Mangel im hessischen Partei-Bezirk sei die Konkurrenz, die sich die Blätter untereinander, einschließlich der Frankfurter „Volkstimme“, machten. Es müßten feste Abgrenzungsgebiete geschaffen werden. Jedenfalls sei eine Aussprache in dieser Sache dringend notwendig. Er beantragte: Die heutige Landeskonferenz wolle beschließen, eine Kommission einzusetzen, welche eine Abgrenzung der Verbreitungsgebiete der hessischen Parteizeitungen einschließlich der Frankfurter „Volkstimme“ in die Wege leitet und über das Ergebnis der nächsten Landeskonferenz Bericht erstattet. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. In seinem Vortrage über den Parteitag erklärte sich Ulrich-Offenbach für den Entwurf zum Organisationsrat. Eine Debatte knüpfte sich nicht an den Vortrag. Sobann wurde folgender Protest gegen den Fleischwucher beschlossen: Die in Alzei im

„Saabau“ tagende Bundeskonferenz der Sozialdemokraten des Großherzogtums Hessen erleben angesichts der hohen Fleischpreise Protest gegen die lebensmittelverteuernde Politik der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien im allgemeinen und gegen die durch die angeblich aus sanitären Gründen gebühte Grenzsperrung gegen ausländisches Vieh im besonderen. Sie erblickt darin eine zugunsten verhältnismäßig kleiner Volksteile geübte, die große Mehrheit des Volkes, insbesondere die Arbeiterschaft, aber auch die kleinen Leute, Beamte, Gewerbetreibende und Landwirte schwer schädigende, ihre Lebenshaltung herabdrückende Klassenpolitik und sieht daraus eine Gefahr für Leben und Gesundheit der nicht mit Besitz geeigneten Volksgenossen entbehren. Sie beantragt deshalb das Bureau der Bundeskonferenz, beim großherzoglichen Ministerium vorstellig zu werden, daß dasselbe im Bundesrat dahin wirken möchte, daß die Grenzsperrung beseitigt wird.“ Nach einem Vortrage Davids über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und die bevorstehenden Landtagswahlen, und nach Erleuchtung einiger der Agitation betriebsfähigen Anträge wurde das Bundeskomitee neu gewählt und darauf dann die Konferenz geschlossen.

Schweden.

Schwedische Stimmung. Dem „Bor.“ wird aus Göteborg geschrieben: Kommt man von Kopenhagen nach Schweden über, so fällt einem sofort auf, daß die Schweden keinen Sinn für eine „rote“ Flage haben: überall prangt noch das Unionzeichen und der Farben des Unionensymbols in der einen oder der anderen Schwabeaufgabe. Die Schweden ist die Nation nicht aufgelegt und man versteht es nicht, warum die Norweger dieses nationalpolitische Verhältnis ihrerseits gelöst haben. Ein Verhältnis, das doch in der vergrößernden Lage der beiden Länder harmonisch ist und offenbar viel dazu beigetragen hat, daß sich beide Staaten wie kein anderes Land Europas mit fast ein Jahrhundert lang angelegtem Feindschaftsdenken noch sich den Worten der materiellen und idealen Kultur widmen konnten. Hat doch selbst bei dem jetzigen Streit die Norwegische Bevölkerung in Norwegen der Schweden anstehende, kann der Schweden keine Feindschaft, dessen Verbindung diese Norweger zu Norwegen. Eine gewisse Berechtigung kann man dem Schweden nicht abspornen, viel mehr berechtigt wäre es aber doch, wenn man den Freisprecher der Sozialdemokratie hinter die Fassade überwinden wollte. Auf den Redaktionen der „Volkstimme“ und „Volkstimme“ in Stockholm. Diese Macht schwächen sie nur an, wenn er ihnen Willen tut, mit der Arbeiterpartei aber müssen sie rechnen wie mit einer wirklichen Macht, die über die gewaltigsten Mittel zur Verwirklichung des Freiheitsvertrags verfügt. Hier in Schweden ist es natürlich sehr leicht die unerschütterliche Feindschaft unter den Parteigenossen zu denken, daß die schwedische Reichsregierung der „Vaterländischen“ ihre Willkür verleiht. Hoffentlich wird es auch der norwegischen Sozialdemokratie gelingen, ihrer Macht über die Schließung der Grenzsperrungen verbunden mit einem sicheren Schiedsgericht, zum Siege zu verhelfen, wenn auch der alte „Freisprecher“ „Volkstimme“ die Forderung des schwedischen Reichstags „gewaltig“ nennt und eine schwere Kränkung der nationalen Ehre darin erblickt. Die Schließung der Grenzsperrungen ist uns Schweden Willkommener, erklärte mir gegenüber mehrere Arbeiter in Dalarne vom jetzigen Parteitag „Ny Tid“. Und das ist keine Überhebung. Hunderte von Millionen werden die „Vaterländischen“ aus den Taschen des schwedischen Volkes ziehen, wenn die norwegischen Forderungen bestehen bleiben, um Gegenmaßregeln zu treffen. Auch mit demselben Recht können auch die Norweger sagen, daß sie viele Millionen sparen, wenn sie auf diese schwedische Forderung eingehen. Wie das offizielle Schweden mit der Forderung der Volksabstimmung der Sache der Demokratie wider Willen einen guten Dienst geleistet hat, so nicht minder mit jener Forderung, die nur zum Wohle beider Völker, dem Militärismus in beiden Ländern nur zum Schaden gereichen kann. Nach hat die Bourgeoisie in Schweden die unbedingte Macht in Händen und hat man das schändliche System der politischen Rechtslosigkeit, das hier herrscht und das die Bourgeoisie mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten sucht, erkannt, so ist es leicht verständlich, daß selbst unsere Parteigenossen in Norwegen sich für die Union mit einem derartigen Staatswesen schmerzhaft bedanken. Im nächsten Monat soll bekanntlich die Zweite Kammer des schwedischen Reichstags neu gewählt werden. Sie hat unter anderem auch die Aufgabe, dem schwedischen Volk ein neues Wahlrecht zu geben. Ob es bei der Wahl gelingen wird, eine höhere Anzahl von Parteigenossen als bisher hineinzubringen, erscheint zweifelhaft. Die Bourgeoisie hält offenbar die große Aussperrung in der Metallindustrie auch zu dem Zwecke aufrecht, den Ausgesperrten die Zahlung ihrer Steuern unmöglich zu machen, Zehntausende, die sonst wahlberechtigt wären, wahlrechtlos zu machen. Es ist dies ein schändliches Verfahren, aber wie der Sozialdemokratie alles zum besten dient, so wirkt auch diese Wirtlichkeit der Kapitalisten dahin, daß die Arbeiter erkennen, wie ihre Hände sind und daß sie die Aufgabe haben, sich immer fester zu organisieren, um schließlich doch die Steiger zu bleiben.

Rußland.

Militärisch „belagert“ wird seit Freitag die in Warschau befindliche Schwedische Maschinen- und Reffabrik. Die Fernleitung war angeordnet, weil die Arbeiter auf dem Schornstein der Fabrik eine rote Fahne angebracht hatten. Die Zahl der auf diese Weise von der Außenwelt abgegrenzten Arbeiter beträgt 540 Mann. Für ihre Ernährung zu sorgen ist ebenfalls überaus schwierige Aufgabe, der sich die Fabrikleitung unter großen Kosten unterziehen muß. Die Arbeiter schlafen auf dem Fußboden. Sonnabend erkrankten 12 von ihnen schwer und mußten ins Spital gebracht werden. Alle Bemühungen der Fabrikleitung, das Los ihrer Arbeiter zu erleichtern, hatten bisher keinen Erfolg; nur das Bureauvernal wurde freigelassen. Seit Vergangung des Krieges Landes werden von 9 Uhr abends bis in die Nacht hinein alle Passanten von der Polizei, die bei ihrer Tätigkeit von Truppen unterstützt wird, durchsucht. Wer irgend wie verdächtig erscheint, wird verhaftet. Diesem Schicksal entgehen auch nicht langjährige Einwohner der Stadt, die sich über ihre Persönlichkeit ausweisen

können. Als werden dem Polizeibezirk zur näheren Feststellung ihrer Verhältnisse zugeführt. Dabei kommt es häufig vor, daß die Soldaten ihre Macht in sehr laxer Weise mißbrauchen. Die Verhafteten werden oft mit den Gewehrkolben geschlagen und des Geldes, das sie bei sich tragen, beraubt. Wer irgend kann, vermeidet deshalb, am Abend die Straße zu betreten. — Es herrscht also in Warschau gegenwärtig die reine Anarchie von oben.

Gerecht. In Genesiochau ist der Polizeimeister durch eine Dynamitbombe in Stücke gerissen worden. **Tropfen auf den heißen Stein.** Zur Steinerung der Hungernden in den verschiedenen russischen Gouvernements werden regierungsbefehlsgemäß Hungerhelfer benützt.

Aus Sosnowice wird unter dem 28. August berichtet: Der am Donnerstag auf den Wägen des Sosnowicer und Dombrower Revier als Kundgebung gegen das Reichsdumagehrt proklamirte Generalkstreik wurde heute beendet. Auf dem meisten Wägen wird wieder gearbeitet. In die Kasernen des 15. Infanterie-Regiments bei der Kischinawitz wurde gestern eine Bombe geworfen, ohne Schaden anzurichten. In Dombrowa weigerten sich Soldaten gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen.

Portugal.

Stürmische Parlamentssitzung. Am Samstag erfolgte die Wiederöffnung der parlamentarischen Sitzung. Der Ministerrat hat sich mit dem Kaiserlichen Reichstag in Wien auseinandergesetzt. Als Antwort auf die Kaiserliche Verfügung hat der Ministerrat nicht antwortet. Der Reichstag hat sich dem Kaiserlichen Reichstag angeschlossen, daß dies das Beste sei. In der weiteren Debatte nahmen die verschiedenen Parteien teil.

Amerika.

Die neue amerikanische Gewerkschaftsorganisation. Am 27. Juni hat in Chicago ein Kongress von Gewerkschaftsmitgliedern und Parteimitgliedern stattgefunden, um die Bildung einer allgemeinen Gewerkschaftsorganisation zu beschließen. Diese Organisation wird von einer Reihe amerikanischer Parteimitglieder, so u. a. von Edward, dem Sekretär der „Internationalen Sozialistischen Arbeiterliga“, und von Eugen Debs unterstützt. In der folgenden Rede hat er die „Internationalen Sozialistischen Arbeiterliga“ als die einzige Organisation, welche sich um die Befreiung der Arbeiterklasse bemüht, hervorgehoben. Die Organisation soll die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und die Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Organisation vereinigen. Die Organisation soll die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und die Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Organisation vereinigen. Die Organisation soll die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und die Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Organisation vereinigen.

Rußland und Japan.

Die Friedenskonferenz ist nicht auf Montag, sondern auf Dienstag vertagt worden. Nach einer weiteren Meldung soll die nächste Sitzung erst dann stattfinden, wenn Japan auf Russlands Angebote geantwortet hat.

Ein kaiserlicher Ukas ordnet in Rußland die weitere Mobilisierung zur Verstärkung der ostasiatischen Armee an. — Japan wird angezogen dieser Maßnahme zweifellos auch folgen: Wange machen gilt nicht!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 29. August 1906.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Streikbrecher gesucht! Im „General-Anzeiger“ suchen verschiedene Schlupfer Räufereien Arbeiter und Arbeiterinnen. Da sich die dort beschäftigten Leute im Kampfe um die Verbesserung ihrer Lebenslage befinden, so sollen die Angeworbenen Streikbrecherdienste verrichten. Kein Klassenbewußter Arbeiter wird sich hoffentlich zu einer so schmutzigen Handlungswiese hergeben. Bezeichnet ist es, daß zu Arbeits-

willigengedungen stets der „Unparteiische“ bereitwilligst seine Spalten öffnet. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß auch unter den Schlupfer Arbeitern, die jetzt im Kampfe stehen, sich ein beträchtlicher Teil Abonnement des „General-Anzeiger“ befindet. Possentlich werden sie jetzt einsehen, daß sie durch die Unterstützung derartiger Blätter nur ihren eigenen Interessen ins Gesicht schlagen; die Parole muß deshalb sein: Hinaus mit dem angeblich unparteiischen „General-Anzeiger“ aus jedem Arbeiterhaus! Arbeiterinteressen vertritt nur die sozialdemokratische Presse.

Das neue Wahlrecht und der „unparteiische General-Anzeiger“. Bereits bei Einleitung der Aktion zur Verschlechterung des Bürgerrechtswahrscheins beobachtete das hiesige Annoncenblatt eine Stellungnahme, die nicht weniger als unparteiisch oder gar arbeitersfreundlich war. In jeder Zeile trat dieses Blatt dafür ein, Bestehendes zu erhalten und die Vorteile der mangelhaften Wahlrechtsänderung zu verschaffen, indem es für Trennung der Bürger in mehrere Klassen, in denen gesondert gewählt werden sollte, trat. Natürlich war diese Haltung nur von dem Gesichtspunkte der Leitung der Zeitung diktiert, die sich dadurch die Gunst der gutgestellten Kaufleute und Interenten erhalten und vermehren wollte. Doch auch der Arbeiterklasse wollte man scheinbar Wohlwollen zeigen, da dieselbe zum großen Teil leider noch dumm genug ist, das Blatt durch Abonnement und kleine Annoncen zu unterstützen und man damit zu rechnen hat. Es wurde deshalb von Seiten des „Unparteiischen“ vorgeschlagen, die Zahl der Mandate für die zweite Klasse um ganze 50 zu vermehren und dann für beide Klassen das Verhältniswahrschein in Anwendung zu bringen. Dieser Vorschlag ist aber nur scheinbar weniger reaktionär, wie die Wahlrechtsänderung. In Wirklichkeit ist er denselben an Lage und Inhalt absolut nicht nach, denn auch nach demselben ist den Wohlhabenden ein viel höheres Wahlrecht gesichert, wie den Besessenen. Durch diese Haltung, die übrigens bei jeder Wahlgelegenheit wiederholt, wird die „Unparteiische“ sich die Gunst der Kaufleute und Interenten der herrschenden Klassen recht deutlich machen. Nach dem nun die Bürgerrechtswahl für die zweite Klasse auch in der nächsten Wahlperiode in mehr oder weniger Form in Anwendung zu bringen, so möchte man sich die „Unparteiische“ nicht als „unparteiisch“ bezeichnen lassen. Die „Unparteiische“ ist ein Blatt, das durch die Partei der Wohlhabenden in der Vergangenheit zu seinem Vorteil benutzt, auch bei der nächsten Wahlgelegenheit die Partei der Wohlhabenden zu unterstützen, die ihm genehm sind und nach seiner Pfeife tanzen. Schließlich ist es davon noch zu erwähnen, daß die „Unparteiische“ auch den Arbeiterklasse nicht als „unparteiisch“ bezeichnen kann, wenn der „Unparteiische“ seine zweifelhafte Bürger mit auf seine Liste nimmt; denn bei einem Blatte, das andere Parteien, als für sich möglichst viel Bezieher herauszuschlagen, nicht laßt, geschieht jegliche Stellungnahme zu irgend einer Sache gewöhnlich nur im wohlwollenden Interesse, um den Erfolg zu sichern und nicht zu verlieren. Das ist die Arbeit der Partei der Wohlhabenden und sich nicht durch andere blühende populäre Magazine über den wahren Charakter des „General-Anzeiger“ täuschen lassen, wie das heute noch genug geschieht.

Eine Konferenz des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen für das Gebiet Lübeck, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und einigen Orten Hannovers fand am Sonntag im „Beremshaus“ statt. Die Konferenz wurde von dem „General-Anzeiger“ geleitet. In der Konferenz wurden folgende Punkte diskutiert: 1. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 2. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 3. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 4. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 5. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 6. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 7. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 8. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 9. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 10. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 11. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 12. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 13. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 14. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 15. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 16. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 17. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 18. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 19. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 20. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 21. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 22. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 23. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 24. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 25. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 26. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 27. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 28. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 29. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 30. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 31. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 32. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 33. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 34. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 35. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 36. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 37. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 38. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 39. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 40. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 41. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 42. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 43. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 44. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 45. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 46. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 47. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 48. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 49. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 50. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 51. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 52. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 53. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 54. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 55. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 56. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 57. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 58. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 59. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 60. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 61. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 62. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 63. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 64. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 65. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 66. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 67. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 68. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 69. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 70. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 71. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 72. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 73. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 74. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 75. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 76. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 77. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 78. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 79. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 80. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 81. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 82. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 83. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 84. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 85. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 86. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 87. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 88. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 89. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 90. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 91. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 92. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 93. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 94. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 95. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 96. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 97. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 98. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 99. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte. 100. Die Aufhebung der Agitationskommissionen und deren Tätigkeitsreferierte.

Nachdem im Besonderen einige Anfragen erledigt, schloß der Kongress die Konferenz mit dem Bemerkten, daß er seine Freude darüber ausdrückt, daß es gelungen sei, die drei Bezirke hier zusammen zu bringen. Auch der Verlauf der Konferenz sei ein guter gewesen und dieselbe habe anregend gewirkt. Er hoffe, daß wir uns zu einer solchen Konferenz später wieder einmal zusammenfinden.

Wiedergeldschwindlerin. In letzter Zeit tritt in dieser Stadt wieder eine Gottesgeldschwindlerin auf. Sie vermißt sich unter Angabe verschiedener Namen, wie Käthe Meyer, Ella Hoffmann, Frieda Schulz, läßt sich das übliche Wiedergeld geben, tritt aber niemals den Dienst an, weil es ihr nur auf die Erlangung des Wiedergeldes ankommt. Die ca. 18 Jahre alte Schwindlerin tritt in verschiedener Kleidung auf.

Festgenommen wurde ein Schlachtereigefelle aus Nürnberg, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Betruges fleißig verfolgt wird.

Hamburg. Die Hamburger Niederlassung des Stettiner Vulkan. Die Verwaltung des Vulkan teilt jetzt den Wortlaut des mit der Finanzdeputation des Hamburger Senats vereinbarten Pachtertrages wegen Errichtung der geplanten Hofsäule mit, der allerdings noch der Genehmigung der am 30. August in Stettin stattfindenden Generalversammlung der Aktionäre bedarf. Der Hamburger Senat vermißt dem Vulkan eine ca. 23,2 ha große Fläche Staatsgrundes, gelegen am Roß auf Neuhof, auf die Dauer von 50 Jahren, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der von hamburgischer Seite nachzusuchende Ausschluß des Werkplatzes aus dem Zollgebiete durch den Bundesrat genehmigt wird. Die Finanzdeputation wird Hofsäule-Erweiterungen mit einer Wassertiefe von 9,8 Meter bei Hochwasser für Staatsrechnung herstellen und die Ufer mit Kaimauern versehen. Als jährliche Miete hat die Gesellschaft 0,50 Mk. per Quadratmeter für die ersten 25 Jahre und 0,70 Mk. per Quadratmeter für die weiteren 25 Jahre zu zahlen, und zwar in halbjährigen Raten. Der Hamburger Senat stellt ferner eine Verbindungsstraße und 4 Duc d'Alben nebst Wassertrappe und Ponton her und wird behufs Verbindung des Platzes mit der Eisenbahn auch ein Fahrgeleise herstellen lassen. Für Benutzung der Hofsäulegeleise hat die Gesellschaft für je 5000 Kilogramm eine Gebühr von 1,35 Mk. an die Bahnverwaltung zu zahlen. Während der Dauer des Mietverhältnisses hat die Gesellschaft die Kosten der vom Staate beschafften Anlagen in Höhe von 2.004.500 Mk. mit 4 1/2 Proz. p. a. also mit 90.202 Mk. zu verzinsen. Falls der Betrieb der Werft während eines längeren Zeitraumes von mindestens zwei Jahren eingestellt werden sollte, steht der Finanzdeputation das Recht zu, den Vertrag mit halbjährlicher Kündigung aufzuheben. Sollte vor Beendigung des Vertragsverhältnisses eine Verlängerung beantragt werden, so werden der Gesellschaft für die Verlängerung keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als zurzeit anderen ähnlichen Betrieben im Freihafengebiet vom Staate auferlegt sind.

Hamburg. Tödliche Folge eines Baunfalls. Einem folgenschweren Unfall hat ein Baunfall an der Ecke Fertig- und Barmbeckerstraße geuonnen. Der Zimmermann Theodor Gidler aus Isehoe stürzte vom Dach des Neubaus in das Treppenhaus hinab und wurde schwer verletzt nach dem Eppendorfer Krankenhaus gebracht. Dort ist er gleich darauf an einem Schädelbruch gestorben. — In einem Unfall von Schwere stürzte sich eine am Grasmweg 8 wohnende Frau Walter mit ihrem

Keinen Kinde gestern früh aus dem Fenster. Das Kind war sofort tot. Die Frau wurde in hoffnungslosem Zustande in's Krankenhause gebracht. Die Frau, Ehefrau eines Postsekretärs, soll an Verfolgungswahn leiden. Das zu Tode gekommene Kind ist ein 4jähriges Mädchen namens Ethel.

Umschorn. Fleischsteuerung. Die Fleischsteuerung macht sich auch hier weiterhin in empfindlicher Weise bemerkbar. In einer Versammlung der Gast- und Logierhausbesitzer wurde beschlossen, wegen der erhöhten Fleischpreise das Kostgeld für volle Kost und Logis auf 10,50 M. pro Woche, ohne Logis auf 8,50 M. und für Mittagessen auf 66 Pf. zu erhöhen. Bisher betrug diese Preise 10 M. resp. 8 M. und 50 Pf.

Precht. Typhusepidemie. Nach der Bekanntmachung der hiesigen Polizeiverwaltung sind insgesamt 50 Personen an Typhus erkrankt, hiervon entfallen 39 auf die Stadt selbst und 11 auf die Landbezirke. Die zur Verhütung der Verbreitung der Genuße vorgenommenen polizeilichen Maßnahmen mochten auf die Dauer ihren lähmenden Eindruck auf die gesamte Geschäftswelt geltend. Namentlich haben die Wirtse, für welche gerade die jetzige Zeit die beste ist, hierunter zu leiden, da sämtliche Abhaltungen von Sauglustbarkeiten und sonstigen Veranstaltungen untersagt sind. Der hiesige Gastwirtsverein ist deshalb beim Magistrat vorstellig geworden, dahin wirken zu wollen, daß das vom Landrat in Witten unter dem 5. August d. J. erlassene Verbot betr. Abhaltung von Konzerten, Västen und aufgehoben wird. Der Erste Staatsanwalt in Kiel hat verfügt, daß bis auf Weiteres das landgerichtliche Gesängnis in Kiel für Abgeurteilte und Untersuchungsgefangene aus dem Bremer Bezirk gesperrt bleibe.

Flensburg. Zugentleistung. Am Sonntag abend entgleisten laut amtlicher Meldung die Maschine

und ein Personenwagen des Zuges Nr. 36 der Kleinbahn Flensburg-Satrup-Rundhof zwischen Satrup und Odbrup. Von den drei Insassen des Personenwagens erlitten eine Dame eine Quetschung im Gesicht, sowie eine leichte Gehirnerschütterung und ein Herr eine leichte Quetschung am Oberarm. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht festgestellt. Der Verkehr wird durch Umfichten aufrecht erhalten.

Bremen. Der Sozialdemokratische Verein beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit dem Parteitag in Jena. Genosse Rhein hatte das Referat. Die Versammlung nahm u. a. einen Antrag zum Organisationsstatut an, wonach die Reichstagsfraktion auf den Parteitag nur durch den Vorstand der Fraktion oder eine seiner Mitgliederzahl entsprechende Deputation vertreten sein soll. Zur Waisfeier wurde beschlossen: „Die Versammlung hält nach wie vor die Arbeitsruhe für die wichtigste Form der Waisfeier. Die Versammlung wünscht daher, daß der Parteitag in Jena allen Vertretungen entschieden entgegentritt, die auf eine Beseitigung der Arbeitsruhe und damit auf eine, wenn auch ungewollte Bewässerung der Waisfeier abzielen; jedoch wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die in Deutschland mögliche Form der Waisfeier Vorschläge auszuarbeiten und diese dem nächsten internationalen Kongress unterbreiten.“ — Dann wurde die Parteitagung vertagt und die Wahl der Parteitagdelegierten bis zur Fortsetzung der Versammlung aufgeschoben.

Berlin. Die Cholera. Der „Reichsanzeiger“ berichtet: Von den jüngst gemeldeten drei Choleraerkrankungen auf russischen Flößen im Weichsel-

gebiet ist auch der dritte als asiatische Cholera festgestellt worden. Außerdem sind fünf weitere Erkrankungen von auf Flößen beschäftigten Personen zur Anzeige gelangt, von denen vier als Cholera erkannt wurden. Von den seit dem 16. August Erkrankten sind drei gestorben. Um einer Weiterverbreitung vorzubeugen, ist der Schiffs- und Floßverkehr auf der Weichsel einer Gesundheitspolizeilichen Überwachung unterstellt.

Potsdam. Vom Blitz erschlagen. In Friebrichswalde schlug gestern der Blitz in die Tischlerei Bindmühle ein; zwei Personen wurden erschlagen.

Stettin. Drei Lehrer ertranken. Auf dem Bielsee in Hinterpommern kenterte ein vollbesetztes Boot, auf dem Lehrer eine Vergnügungstour machten. Drei Lehrer ertranken.

Dessau. Ein kommunalpolitisch Aufsehen erregt in ganz Anhalt eine Notiz des in Dessau erscheinenden Volksblattes für Anhalt, in welcher gesagt wird: „Der verstorbene Bürgermeister Escherich von Wörlitz hatte seit 1900 keine Abrechnung vorgelegt. Jetzt heißt es nun, in der ersten Gemeinderats-sitzung, die der neue Bürgermeister von Wörlitz, Dr. Voigt, abgehalten habe, sei in geheimer Sitzung festgestellt worden, daß für 20000 Mark Landrentenbriefe fehlten.“ — Man ist allgemein auf die Antwort des Magistrats auf diese Ausführungen gespannt.

Antikung.
Für die russischen Freiheitkämpfer gingen bei uns ein:
Von den Maschinenschmiedern der L. M. G. 11,60 M.
Vom Fabrikarbeiter-Verband 30.—
Expedition des „L. W.“

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Lassallefeier-Komitee.
Mittwoch abend 8 1/2 Uhr.

Friedrich Rüsck
Marie Stühr
Verlobte. Städtelabor

Ein feidl. Logis nach vorne
mit Kaffee 2,50 M. oder leere Stube
Fischstraße 27. I.

Ein Logis zu vermieten
Segebergstraße 5. II.

Möbliertes Zimmer zu vermieten
Hundestraße 37-39.

Pausbueche, anständig, auf 3 Stunden
nachmittags sucht
Tiedemann, Dornstraße 5.

Ein Herrenrad, neuwertig,
Rosastraße 2.

Ein noch guterhalt. Sportwagen
billig zu verkaufen
Ligowstraße 9. I. Swator

Eine gut klingende Konzertgitarre ist billig
zu verkaufen. Näheres
Schlunackerstraße 11.

Ein starker Kinderwagen zu verk.
Erachinenstraße 4 a

Gelunden 1 Portemonnaie m. Jub.
Wahnhofstr. Engelwisch 38 II.

Verloren von einem Mädchen 2 grüne Nebart-
markenbücher; da eins davon mit geheimem Ver-
merk versehen, hat dass für Finder keinen Wert.
Bitte gegen Bel abzugeben Engelwisch 38 8.

Wer poliert schwarzes Piano auf?
Una. mit Preis u. D Z a. d. Exp d. Bl

Alle vorkomm. Maurerarbeiten
werden gut und prompt ausgeführt.
Wittwer, An der Water 82.

Daß ich, den Feilenmeister Zimmermann
ins Gesicht geschlagen habe, nehme ich mit Re-
bauern zurück.
Fr. Appel, 96bed

Feuervericherung schließt ab
unter günstigen
Bedingungen A. Behmann, Friedenstr. 47.

Auserlesene Bordeauxweine
Medizinal-Tokayer,
Samos, Malaga,
Portwein, Sherry, Madeira
in allen Preislagen
und in nur besten Qualitäten.
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 112.

Grösste Auswahl am Platze
von den
guten Pommerschen
Halb-, Dreiviertel- u. Knie-
stiefeln sowie Arbeitsschuhe
sehr billig
nur Marlesgrube 38.

Empfehlungs-Karten
Die Druckerei des Ldb. Volksboten

Lassalle-Feier

bestehend in
Konzert, Gedächtnisrede (geh. vom Gen. P. Müller-Hambrg.), Gesangvorträgen,
Aufführungen des Arbeiter-Turn-Vereins und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins
am Donnerstag den 31. August 1905
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 Uhr.
Preis der Karte 20 Pf.

Karten sind zu haben: im „Vereinshaus“, in der Expedition des „Lübeder Volksboten“, bei G. Wittfoot, Büchstraße 18. Schröder,
Lederstraße 3, W. Rörner, Ankerschmidstraße 11, und bei den bekannten Parteigenossen

Das Komitee.

Caramel-Malzbier.

Mit dem heutigen Tage bringe ich von mir gebranntes Caramel-Malzbier in den Handel und
empfehle ich dasselbe bestens

Mein Caramel-Malzbier ist garantiert rein, aus Hopfen und Malz hergestellt,
hat einen hohen Malzgehalt von ca. 13% vor der Gärung, ist daher sehr nahrhaft und kräftig
und speziell Kranken und Kranken sehr zu empfehlen.

Mein Caramel-Malzbier
gelangt in 3 Flaschen und Gebinden zum Verkauf. Preis pro Flasche 10 Pf., pro Liter 17 Pf.
Gleichzeitig empfehle ich mein vorzügliches Braumbier angelegentlich.
Bestellungen erbitte bei meinen Kutschern und in meiner Brauerei Wahmstraße 32.

Ernst Schnür

Brauerei und Bierverlag. Fernsprecher 1456.

Achtung Lastadiearbeiter! der Firma Gossmann & Jürgens.

Platz-Versammlung
am Mittwoch den 30. August 1905, abends 6 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Jenkel, „Einsiegel“.

Die Mißstände in Arbeitsverhältnis.

Es ist Pflicht aller dort beschäftigten Arbeiter, zu erscheinen. Der Einberufer.

ARGARINE
ohra
Butter

Ludw. Hartwig
Sie erhalten Lubeca-Butter

Uhren reinigen . 1,50
Federn einsehen . 1,50
1 Jahr Garantie. Uhren
Abgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Böttner,
Uhrenmacher,
Bismarckstr. 32.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wahmstr. 8.

Arbeiter
kauen ihre Möbelaussteuer jetzt:
im Möbelhaus „Hansa“
Johannisstrasse 23.
1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch,
1 Spiegel, 2 Bettstellen
mit Matratzen, 1 Kleider-
schrank, 1 Küchenschrank,
1 Küchentisch, alles auf nur
Nur gute Arbeit
Diese billigen Preise gelten nur für Arbeiter.
Fabrikarbeiter-Verband Deutschl.
(Bahnhofsplatz Lübeck)

In der gestern veröffentlichten Tombolaziehungs-
liste muß statt 2021 2011 stehen.

Achtung!
Die nachstehenden Arbeitgeber haben die Tarif-
vereinbarungen der Schuhmacher nicht anerkannt:
Bade, Blücherstr. 5, Johannsen, Blockquert,
Molge, Königstraße, Schleuß, Beddergrube
Müller, St. Annenstraße 19, Wienk, König-
straße 61, Will, Poststraße 21, Wittfoht,
Brammstraße 19, Ramm, Engelwisch 6, Bur-
meister, Regidenstraße 6, Bork, Grub-
straße 3, Benthien, Bismarckstraße 10,
Geile, Wahmstraße 39, Busch, Mühlenstr. 27.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Ausserordentliche Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch den 30. d. Mts.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Referate.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress
Berichterstatter Gottl. Huse - Hamburg
3. Verschiedenes
Die Ortsverwaltung.

St. Jürgen-Niederfranz.

Folgende Nummern sind mit Gewinnen gezogen worden:

2	50	71	122	125	155	231
272	296	300	312	314	320	385
395	434	467	480	486	496	542
562	586	634	651	668	740	754
819	846	874	882	899	905	972
990	992	1072	1095	1101	1121	1125
1151	1159	1165	1209	1235	1249	1270
1272	1308	1375	1421	1424	1437	1472
1537	1539	1549	1590	1613	1676	1684
1685	1691	1692	1713	1786	1801	1810
1822	1872	1909	1911	1926	1941	1949
1972	1984					

Die Gewinne werden Dienstagabend von 8 Uhr
an im Lokal „Waffen-Veserve“ ausgegeben.
Die Gewinne, die bis zum 15. September nicht
abgeholt sind verfallen der Vereinstafel.

Stadt-Halle.
Mittwoch: Abonnem.-Vorstellung 91.
In halben Preisen.
Preziosa.
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr Konzert.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 202

Wittwoch, den 30. August 1905.

12. Jahrgang.

Der Bericht des Parteivorstandes.

(Fortsetzung.)

Über den Stand des „Vorwärts“ gibt nachstehende Tabelle Auskunft.

Bei den Abrechnungen für die drei in Stuttgart erscheinenden Beilagen wird nur eine Uebersicht von drei Quartalen gegeben, weil am 1. Januar 1905 der Verlag an Paul Singer überging. Mit diesem Uebergang wurde auch angedeutet, daß die Abrechnungen von nun an für den nächsten Jahr werden sollen. Das erste Vierteljahr ist bei allen drei Beilagen in Einnahme und Ausgabe im normalen gewesen, so daß Vergleiche mit den Vorjahren ein zuverlässiges Bild geben, wenn man bei jeder Position den aus der abgelaufenen Abrechnung sich ergebenden Betrag für ein Vierteljahr hinzusetzt.

Die Gleichheit hat sich in erfreulicher Weise erweitert, so daß der Defizit bereits vermindert ist und trotz der Vergrößerung schon ein geringer Ueberschuß erzielt wurde.

Die Neue Zeit.

1. April bis 31. Dezember 1904

A. Eingänge:		Mk.	Pf.
Abonnements		26 183	20
Inserate		15	—
do. von K. D. W. Diez		375	—
		26 603	20
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie		9 782	85
Papier		3 196	90
Buchbinder		1 092	65
Porto und Unkosten		1 650	—
Redaktionshonorar		8 250	—
Mitarbeiter		5 296	—
Hemittenden		1 799	15
Gesamt-Ausgabe		31 067	87
Gesamt-Einnahme		26 603	20
Defizit		4 464	67

Die Gleichheit.

1. April bis 31. Dezember 1904

A. Eingänge:		Mk.	Pf.
Abonnements		8080	66
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Falzen		2008	25
Papier		1430	70
Redaktion		2250	—
Mitarbeiter		801	—
Porto und Unkosten		790	—
Hemittenden		125	41
Gesamt-Ausgabe		8005	36
Gesamt-Einnahme		8080	66
Gewinn		75	30

Der Wahre Jakob.

1. April bis 31. Dezember 1904

A. Eingänge:		Mk.	Pf.
Abonnements		128 627	90
Inserate		9 180	01
		137 807	91
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen		41 185	40
Papier		39 451	50
Legungen und Galvanos		12 047	12
Beiträge und Zeichnungen		10 107	31
Redaktionshonorare		8 300	—
Porto und Unkosten		625	—
Hemittenden		3 584	49
Gesamt-Ausgabe		118 300	72
Gesamt-Einnahme		137 807	91
Gewinn		19 507	19

Zusammenstellung.

	Mk.	Pf.
Gleichheit, Gewinn	74	70
Wahrer Jakob, Gewinn	19 507	19
	19 581	89
Defizit der Neuen Zeit	4 464	67
Reibt Gewinn	15 117	22

Die Buchhandlung Vorwärts kann seit einigen Jahren über einen ständigen Aufschwung des Geschäftes berichten. Diese erfreuliche Tatsache ist auch für das Berichtsjahr zu verzeichnen. Der Warenumsatz stieg von 347 000 Mark des vergangenen Jahres auf 466 827 Mk. — Die Buchhandlung konnte deshalb auch einen dem erhöhten Umsatz der letzten Jahre entsprechenden Ueberschuß von 95 000 Mark der Parteilasse überweisen.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung belief sich im abgelaufenen Jahr an 2 Jahr 3 Monat Zuchthaus, 65 Jahr 7 Monat 2 Wochen Gefängnis und Haft, sowie 15 400 Mk Geldstrafe. Zwei Prozesse, die wir im vorigen Jahre erwähnten, erlebten in dem abgelaufenen Geschäftsjahre eine Neuauflage und brachten für ihre Urheber eine neue Niederlage. Der Königsberger Prozeß wurde am 7. Mai vor dem Reichsgericht verhandelt und brachte für den preussischen Justizminister Herrn Schönstedt eine noch größere Niederlage, wie es der Ausgang des ersten Prozesses war. Zwar bestätigte das Reichsgericht das erste Erkenntnis, die erkannten Strafen blieben bestehen, aber die Begründung der Abweisung der Revision des Staatsanwalts war eine Verurteilung Schönstedts, weil der Staatsanwalt alle Argumente geltend gemacht hatte, die Schönstedt in der Verhandlung vortrug, um diesem begreiflich zu machen, daß die Strafe im Dienste des Jura nicht so große Niederlagen er-

1904/1905.		Juli-September 1904	Oktober-Dezember 1904	Januar-März 1905	April-Juni 1905	Summa
A. Eingänge:						
Abonnementsgelder durch die Expedition		173 812	177 207	181 221	183 236	715 480
Inseraten-Einnahme		15 491	16 509	16 981	15 619	64 604
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		53 011	82 050	73 770	87 415	296 247
Gesamt-Einnahme		242 314	275 766	271 972	286 271	1 082 517
B. Ausgänge:						
Diverse Unkosten (Porto für Streifenbänder, Gebühren für Uebersetzungen, Porto und Depeschen der Redaktion, Telefon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare etc.)		12 498	11 962	12 673	15 632	52 076
Zeitungsabonnement		376	525	371	384	1 658
Reisekosten		2 112	3 038	3 415	3 017	11 613
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunden		11 112	15 158	14 506	15 776	56 556
Mitarbeiter: Politisch, Gewerkschaftliches, Versammlungen etc.		3 398	3 983	3 983	4 571	15 938
Lokales und Beiräte		1 468	1 650	2 560	1 675	7 353
Depeschen und Parlamentsberichte		10 692	11 073	11 328	11 575	44 640
„Neue Welt“		1 575	1 615	1 686	1 917	6 793
Gehälter der Expedition		1 000	1 000	1 000	1 000	4 000
Mieten		1 091	951	1 081	1 279	4 402
Berichtskosten		236	255	278	302	1 072
Redaktionsbibliothek		167 397	191 577	189 310	171 127	719 411
Druckrechnung		—	—	—	—	—
Gesamt-Ausgabe		242 225	267 121	271 051	290 600	1 082 020
Gewinn		9 089	8 645	9 921	9 671	37 326
Wie oben unter A.		242 314	275 766	271 972	286 271	1 082 517
Gesamt Ueberschuß beträgt		—	—	—	—	37 326

litten, wie es auch dem ersten Erkenntnis den Anschein hatte. Das Reichsgericht sprach aus, daß es im § 102 verargte Unerbittlichkeit mit Rücksicht auf die Verhältnisse, daß alle wegen Hochverrat verurteilte Untersuchungsbeamten freigesprochen wurden.

Nach Schluß der Verhandlung im Reichsgericht hat man in der Sitzung des Reichsanwalts wegen Verurteilung des Leiters der sozialistischen Bewegung, Geheimrat Hagen, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl nachgewiesen war, daß die unter Anklage gestellten Flugblätter nur eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse enthielten. Dieses Urteil war vom Reichsgericht aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht in Leipzig verwiesen. Die Verhandlung begann hier am 15. Mai. In Leipzig war die Verteidigung in der Lage, neues Beweismaterial vorzubringen, was die Richter in Saubringen nicht zugelassen hatten. Man gestand sich die Sache für die Regierung noch blamabler als in dem ersten Prozeß. Es wurde nachgewiesen, daß in dem „Kulturinstitut“ die Arbeiter Schläger wie Arbeiter behandelt werden. Ministerpräsidenten sind die Beamten nur für Ausbeuter Schläger Sorte. So kam es dazu, daß der Staatsanwalt selbst zugab, daß Krüger mit dem hohen Flugplakat, die mächtige Kalligraphen gegen die Arbeiterverwaltung waren, nur berechnigte Ferkel zu verurteilen habe. Das Gericht erkannte dem auch nur wegen formeller Beweislage auf eine Geldstrafe von 200 Mk.

Viele Wünsche geben sich aber irdische Wünsche, als Kampfbühnen gegen die Sozialdemokratie zu wirken und bei Lohnkämpfen die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Was viele Richter nur denken und als unzulässige Gründe gelten lassen, sprach ein Richter in Leipzig in der Schlussrede aus. Dort hatte ein Sozialdemokrat, der auch Radfahrer ist, eine Radfahrer-Versammlung nicht angemeldet, weil er glaubte, daß Radeln keine öffentliche Angelegenheit ist. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Bei der Begründung des Urteils führte der Richter nach dem Verbot des Votens aus dem Hofengebirge aus:

„Was die Höhe der Strafe betrifft, so ist der Ge-

richtshof deshalb bedeutend über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, weil die Sozialdemokraten es mit großem Geschick verstanden, die Gesetze zu umgehen. Abneigung aber einmal ein Sozialdemokrat gefasst werden, dann mußte er auch streng bestraft werden.“

Sehr hohe Strafen werden dadurch erreicht, daß man einfache strafbare Handlungen als schwere Verbrechen bezeichnen. Eine Handlung, wie sie man, wenn sie von Studenten verübt wird, als großer Mißbrauch mit einer kleinen Geldstrafe bestraft, nennt man Ausschrei oder Landfriedensbruch, wenn die Beteiligten streikende Arbeiter sind, und man bestraft dann die für schuldig befundenen mit Zuchthaus oder doch jahrelangem Gefängnis. Solche Aufzucht und Landfriedensbruchprozesse trachten die Landesherrn in Königsberg, Mecklenburg, in den Orten an der Unterweide und im Ruhrgebiet. So kommt man auch ohne Zuchthausgefängnis dazu, streikende Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen, wie es in Glatz mit dem Genossen Geisler geschah.

Der Parteivorsitzende der Arbeiter in Ober-Sachsen, Genosse Benedikt, der Zeugen für einen Strafprozeß gesucht hatte, wurde wegen Verleitung zum Mord angeklagt und vom Schwurgericht in Bautzen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, obwohl Benedikt bezeugte und alle beteiligten Arbeiter die Ansicht vertrat, daß es Benedikt völlig fern gelegen habe, irgendeinen Menschen zum Mord verleiten zu wollen.

Ein oft angewandtes Mittel, Arbeiter zu Gefängnisstrafen zu verurteilen, ist der Expressionsparagraß. Wollen Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen verbessern und stellen die Arbeit ein, und überreichen dann ihre Forderungen, dann sind sie vor Strafe gefeit, weil diese Handlung durch § 152 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Wollen aber die Arbeiter den Streik vermeiden und stellen ohne Streik ihre Forderungen mit der Bemerkung, daß sie die Arbeit einstellen werden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, dann ist das nach Ansicht der Richter Expressionsparagraß und wird nach § 253 des St. G. B. mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Ein recht dreistiges Erkenntnis dieser Art fällt das Reichsgericht am 5. Januar d. J. Aus der Begründung haben wir folgendes hervor:

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(10. Fortsetzung.)

„Was hast Du?“ sagte Siffly erstaunt, „Du bist ja ganz außer Dir. Wen erwartest — oder wen fürchtest Du?“

„Fürchten — Du hast das rechte Wort genannt“, rief Hefson rasch, indem er des Mannes Arm ergriff und schreiend über seine eigene Schulter sah, als ob er das Schreckgebild, das seine Nähe vergiftete, schon da, schon in seiner Nähe wählte.

„Fürchten — bah!“ zischte aber der Amerikaner verächtlich zwischen den Zähnen durch. „Wenn es ein Wesen ist, dem sich mit Pulver und Blei oder kaltem Stahl bekommen läßt, was hast Du da zu fürchten. Ich fürchte den Teufel nicht!“

Hefson sah wild und stier in seine Augen. Es war, als ob ihm selber im Moment ein neuer Gedanke, ein Hoffnungsrausch kämme.

„Und wer ist's?“ fragte Siffly jetzt mit ruhiger Stimme, während das verächtliche Lächeln seine Lippen noch immer nicht verlassen hatte.

„Der Bräutigam meiner Frau!“ flüsterte Hefson. „Gehahaha!“ lachte der Amerikaner, „das ist allerdings eine wunderliche Verwandtschaft. Bist denn Du der nicht selbst gewesen?“

„Höre mich“, sagte Hefson, mit vor innerer Aufregung fast heiserer Stimme. „Meine Frau war verlobt, ehe sie mich kennen lernte; sie hielt ihren Bräutigam für tot, heiratete mich und erhielt erst nach unserer Trauung die Nachricht, daß er noch lebe und sie ansuchen wolle.“

„Und woher weißt Du das?“

„Sie hat es mir selber gesagt — sie hat mir den Brief gezeigt.“

„Sie selber? hm, dann ist die Sache auch nicht so gefährlich. Sie mag dann jedenfalls nichts mehr von ihm wissen.“

„Ich fürchte, sie liebt ihn heißer als ich“, flüsterte aber Hefson, „und tut nur das, was sie eben für ihre Pflicht hält.“

„Und weiß er, wo sie ist?“

„Ich hoffe nein — ich habe ihn wenigstens auf eine solche Fährte geführt, falls er ihr nachforschen sollte. Aber wenn er nun doch —“

„Du quälst Dich mit einem Hirngespinnst“, sagte da kopfschüttelnd der Amerikaner. „Wozu die vielen Wenn und Aber? Geht laß ihn kommen; nachher ist immer noch Zeit, ihn bei Seite zu schlagen, falls er gefährlich werden sollte. Ist es ein Landknecht?“

„Nein — ein Engländer.“

„Ein Engländer? — Bah, und deshalb das Aufheben!“ lachte der Mann und machte sich von Hefson, der seinen Arm gefaßt hatte, los. „Ich hätte Dich für vernünftiger gehalten. Ist er gekleidet, so folgt er Dir nicht nach, und täme er wirklich, wollten wir es ihm mitretten, auf fremdem Gebiet zu jagen. Aber jetzt sag mir, was ist Dir überhaupt eingefallen, mit einer Frau nach Kalifornien zu kommen? Was gedenkst Du hier mit ihr zu tun und wo zu bleiben? In der Stadt?“

„Ich weiß es selbst noch nicht“, sagte Hefson. — „Nur fort wollte ich — fort aus jener Gegend, wo ich jeden Augenblick fürchten mußte, mit einem Nebenbuhler zusammenzutreffen, und da war Kalifornien.“

„Das unglücklichste Land der Welt, das Du Dir hättest ausdenken können“, unterbrach ihn Siffly. „In späterer Zeit mag es allerdings sein, daß auch Frauen und Familien hier herüberziehen; jetzt aber ist das ganze Land nur ein rauher Staat für Männer. Wie eine Fürstin könntest Du auch in jedem andern Staate Deine Frau mit demselben Geld unterhalten, was es Dich hier kosten wird, ihr nur die nötigsten Bedürfnisse zu verschaffen. Doch das ist eine Sache, die Du

„Dass der erste Richter den Rechtsbegriff der zum Tatbestande der Exzeption erforderlichen Drohung verkannt habe, lässt sich nicht anerkennen. Die Revision muß selbst angeben, daß die Ausübung eines Rechts zum Nachtheile eines anderen die Befugung eines Uebels für diesen erhalten kann.“

Dann ist aber nicht einzusehen, warum in der Ankündigung der Ausübung eines Rechts und des damit für den Betroffenen verknüpften Uebels nicht eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuchs gefunden werden können.

Allerdings reicht nicht jede Ankündigung der Befugung eines Uebels und damit auch nicht jede Ankündigung der Ausübung eines Rechts zur Annahme einer Drohung im gesetzlichen Sinne aus.

Die mit dem Eintritt des angekündigten Uebels für den Bedrohten verbundenen Nachteile müssen vielmehr im einzelnen Falle derart beschaffen sein, daß sie geeignet erscheinen, in dem Bedrohten Furcht vor deren Verwirklichung hervorzurufen und dessen freie Willensentscheidung zu beeinträchtigen.

Ob diese Voraussetzung in einem bestimmten zur richterlichen Entscheidung gestellten konkreten Falle zutrifft, ist nach der jeweiligen Sachgestaltung im Wege der mit dem Rechtsmittel der Revision nicht angreifbaren Beweiswürdigung durch den Instanzrichter zu ermitteln und festzustellen.

Dies hat auch im gegebenen Falle der erste Richter keineswegs verkannt. Denn er hat auf Grund der Beweisergebnisse ausdrücklich festgestellt, daß die von dem Beschwerdeführer angebrochene Sperre für den bedrohten Maurermeister Jacob im Falle der Ausübung mit unübersehbaren vermögensrechtlichen Nachtheilen verbunden war, deren Eintritt Jacob demnach zu fürchten hatte, daß dadurch seine freie Willensbetätigung beeinträchtigt werden konnte und mußte, daß der Beschwerdeführer, welcher vermöge seiner einflussreichen Stellung innerhalb des Maurerverbandes für Aufhebung auch tatsächlich in der Lage war, zu der angebrochenen Sperre wesentlich mitzuwirken und diese durchzuführen, sich der Wirkung seiner Drohung in der angebotenen Richtung auch bewußt war, und überdies den Willen hatte, diesen Erfolg herbeizuführen.

Dass in der Androhung der Sperre eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuchs gefunden werden kann, ist übrigens auch bereits durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt. (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Band XXI Seite 114. Band XXII Seite 335)

Ob die Arbeiter des Jacob nach Maßgabe der bestehenden Arbeitsverträge zur jederzeitigen bestmöglichen Arbeitsleistung ohne vorausgehende Ankündigung verpflichtet waren oder nicht, ist unter diesen Umständen rechtlich bedeutungslos und bedurfte deshalb keiner näheren Darlegung in der vordarstellenden Uebersichtsbearbeitung.

Hieraus erschien die Verweisung des Rechtsmittels geboten.

Wie leicht es bei solcher Rechtsprechung möglich ist, als „Exzeption“ bestraft zu werden, zeigt folgender Vorfall:

Am 25. März ds. Jz. war einem oracifizierten Steinarbeiter in dem Betriebe des Steinbruchbesitzers G. in Leipzig wegen Arbeitsmangel gekündigt worden. Die Kollegen waren der Ueberszeugung, daß eine Maßregelung vorliege. Sie tritten dies in einem Schreiben dem Redakteur Staudinger mit, der damals auch die Geschäfte eines Verbandsvorsitzenden in Stellvertretung verwaltete, und ersuchten ihn, den Vorgang im Fachorgan zu veröffentlichen. Sie seien bereit, sich mit dem gekündigten solidarisch zu erklären. Aus dem Betriebe war auch noch ein Steinmetz entlassen worden. Um nun die Differenzen zu regeln, begab

sich G. nach Staudinger zu dem Sozial G. In Drange der Geschäfte vergaß er in dieser Unterredung die Ankündigung des ersterwähnten Kollegen zu berühren. Er schrieb deshalb, wieder in Leipzig angekommen, an den Steinbruchbesitzer G. folgenden Brief:

„Als ich heute mit Ihrem Sozial . . . über die Entlassung des Steinmetz St. in V. sprach, vergaß ich hinzuzufügen, daß am Sonnabend den 25. d. M., dem Pfisterer G. gekündigt wurde, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wie vermuten, daß lediglich seine Verbandszugehörigkeit schuld an dieser Entlassung resp. Kündigung war. Es berührt mich eigentümlich, nur einen Mann wegen Arbeitsmangels in einem Betriebe zu entlassen, wo vielleicht circa 200 Mann in Frage kommen. Wie würden Ihnen deshalb empfehlen, die Kündigung bei St. als nicht gegeben zu betrachten und ihn davon in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig erblicke ich mich von Ihnen beschuldigt über diese Angelegenheit, und im Falle St. weiter beschäftigt werden sollte, würde ich selbst redend Abstand nehmen, den mir vorliegenden Artikel über diese Sache zu veröffentlichen. Auch würden dann die Steinmetzen, Pfisterer und Bosslerer in Ihrem Betriebe sich mit dieser Kündigung nicht mehr beschäftigen und ich glaube, es wird Ihnen nicht schwer sein, dem von mir gedruckten Buntzettel nachzukommen. Bemerken will ich nur, daß wir selbstverständlich in Ihre geschäftlichen Dispositionen mit diesem Schreiben nicht eingreifen wollen. Welt aber diese Kündigung von unserer Seite als Maßregelung aufgefaßt wird, sind wir veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Antwort erblicke ich bis Mittwoch früh 8 Uhr mittels Briefes oder mittels Telefon um 9 Uhr, weil sonst mit dem Druck unserer Zeitung heugonnen wird.“

In diesem Briefe sah der Staatsanwalt eine Exzeption und Geross: Staudinger wurde auch vom Landgericht in Leipzig wegen verletzter Exzeption zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Würden Staatsanwälte und Gerichte in ähnlicher Weise gegen die Syndikate vorgehen, dann könnte man halb besondere Gefängnisse für Kommerzienräte bauen, denn so beschiden und unartig ist der Wahl der Arbeiter der Syndikate und der Arbeitsgeberverbände in der Regel nicht.

Dasselbe Publikation wie Artikel und Unternehmungsverbände haben die Streikbrecher. Jeder in Arbeiterkreisen übliche derbe Ausdruck wird als Beleidigung oder Drohung mit Gefängnis bestraft, wenn der Angeredete ein Streikbrecher ist.

Man ist es, wenn Arbeitswillige ihren Gefügten freien Lauf lassen. Das zeigt folgender Brief:

Dortmund, den 11. Juli 1905.

Der Erste Staatsanwalt.
Gesch. Nr. 4 J. 927. 2. 05.

Auf die Strafanzeige vom 22. Juni 1905 gegen den Haublinger Winarski wegen Bedrohung.

Ich habe das Verfahren gegen Winarski eingestellt, weil in der von Ihnen bezogenen Uebersetzung des Winarski: „Ich flehe Euch das Messer in den Hals“ eine strafrechtlich verfolgbare Bedrohung mit einem Verbrechen nicht zu finden ist. Es handelt sich vielmehr nur um eine Bedrohung mit dem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung.

Somit Beleidigung in Frage kommt, welche ich mangels eines öffentlichen Interesses die Erhebung der öffentlichen Klage ab. Es bleibt Ihnen überlassen, im Wege der Zivilklage gegen Winarski vorzugehen.

J. B.
(Name unleserlich.)

An den Maxr
Herrn Verthold Dresel.
Hörbe.

mit Dir selber auszumachen hast — apropos, wie heißt denn jener englische Herr, vor dem Du einen so heillosen Respekt hast — wenn ich ja einmal zufällig mit ihm zusammentreffen sollte?“

„Gottweh — Charles Gottweh.“

„Es ist gut — ich werde mir den Namen merken,“ nickte Siffly.

„Und was soll ich jetzt tun?“

„Du — nichts. Warte ab, bis er wirklich kommt, dann erklär' ihm ganz einfach, daß Du ihm eine weitere Warnung eine Kugel durch den Kopf schicken würdest. So wie er nur ein einziges Wort mit Deiner Frau wechselt — und nachher mach' Deine Drohung wahr. Die Gesetze brauchst Du nicht zu fürchten, erstlich schützen sie Dich, wo Du so auffallend in Deinem Rechte bist, und — läten sie es nicht, so find wir selber Manns genug, das zu besorgen. Jetzt aber mußt ich fort; ich habe überdies schon viel zu lange Zeit hier mit Dir geplaudert. Heute abend findest Du mich wieder im Saale des Parkhauses.“

„Über das Courthouse?“

„Ist jenes lange Gebäude dort drüben,“ sagte Siffly mit dem Arm über die Plaza deutend, nickte Helson zu und schritt rasch die der Bai zuführende Straße hinab.

4.

Die Plaza von San Franzisko.

Die Plaza oder der Hauptplatz von San Franzisko, jetzt ein mit prächtigen und massiven Gebäuden umgebener Platz, zeigte im Sommer des Jahres 1849 noch ein buntes Gemisch von Holzkaraden und Zelten, wie sie die ersten Einwanderer nur flüchtig aufgeschlagen.

Die obere Front nahm allerdings noch das alte Gerichtshaus ein, das, von ungebrannten Backsteinen, sogenannten adobies, erbaut, unter mexikanischer Herrschaft aufgerichtet worden. Sonst aber war in den wenigen Monaten, die seit der Entdeckung des Goldes erst verfloßen, der spanische Charakter desselben schon ganz verschwunden und ein Stadtteil dort entstanden, der sich in seiner wunderlichen Mischung mit keinem andern Orte der Welt mehr vergleichen ließ. Nur an der unteren Front, dem Courthouse gerade gegenüber, stand ein einzelnes mehrstöckiges Holzgebäude, das schon erwähnte Parkhaus, das ein Amerikaner Namens Parker aufgeführt und woraus er enormen Mietzins, teils von den Spielern, teils von Wirtschaft und Gastwirthern, zog.

Nicht daneben befand sich das El Dorado — später eine der prächtigsten Spielhöhlen der Welt — damals nur ein großes, weitgedehntes Bett, und rechts und links reichten sich andere kleinere Bette und Holzschuppen an, in denen fast

in allen gespielt und getrunken wurde und die für den Augenblick keinen andern Zweck hatten, als ihre Insassen nur wenigstens unter Dach zu bringen. Die Plaza bildete dabei den eigentlichen Mittelpunkt der Stadt, und während sie von den Hauptstraßen gekreuzt wurde, konzentrierte sie den eigentlichen Verkehr San Franziskos. Was von Fremden in die Stadt kam, suchte vor allen Dingen diesen Ort auf, oder wurde von dem Menschenstrom dorthin gedrängt. Sämtliche Hausierer besonders glaubten hier den vorteilhaftesten Platz zum Ausstellen ihrer Waren zu finden und boten diese teils in tragbaren Körben, teils auf rasch hingestellten und beweglichen Tischen aus. Eine Kontrolle für diese Leute fand natürlich noch nicht statt, und war irgend einen Gegenstand feilbieten wollte, konnte seinen Ort dazu sich selber wählen. War er dem freien Verkehr dort, wohin er sich stellte, im Wege, so drängte ihn die Menschenmasse schon selber bei Seite. Der Hauptstrom der Menschenmenge wogte aber an den Häusern hin, und die meisten schlenderten nur aus einem Spielzelt in das andere, oder gingen eben auf der dort vorbeiführenden Straße ihren Geschäften nach. Auf der Plaza selber sammelten sich nur hier und da kleine Gruppen, oder kamen Einzelne quer herüber, um den Weg nach einer der Wasserstraßen abzukürzen.

Dort hatte Siffly seinen neugefundenen Freund verlassen, und Helson blieb, als die bunte Farape des Amerikaners schon lange in dem Gedränge der Fußgänger verschwunden war, noch immer wie träumend auf derselben Stelle stehen und starrte vor sich nieder. — Die Trostgründe, die Siffly für ihn gehabt, schienen nämlich seine Ursache eher vermehrt als vermindert zu haben, denn hatte dieser es nicht als ziemlich fest angenommen, daß ihm der gefährdete Nebenbuhler wirklich folgen würde? — Schon der Gedanke daran trieb ihm aber das Blut in rasender Schnelle durch die Adern und machte sein Herz stärker klopfen — es war der Gedanke eines möglichen Verlustes seines Weibes, den er nicht verfolgen durfte, wenn er nicht fürchten wollte, wahnsinnig zu werden. Vergebens kämpfte er auch selber mit allen Vernunftgründen dagegen an, vergebens sagte und wiederholte er sich, daß ihn Jenny liebe, daß sie ihn nicht wieder verlassen würde — es blieb umsonst. Ein tüchtiger Geist stärkte ihm wieder und wieder ins Ohr, daß die erste Liebe das Herz eines Menschen nie verlässe, und seine krankhaft erregte Erfindungskraft malte sich dabei den Nebenbuhler mit allen Reizen der Jugend geschmückt aus, der nur erscheinen dürfe, um das Herz Jenny's aufs Neue zu voller Liebe zu entzünden.

Ueber die Plaza kam eine einzelne wunderliche, und übrigens nicht unbekannte Gestalt, die selbst von den an

Während des Bergarbeiterstreiks erhob der Staatsanwalt von Dortmund im öffentlichen Interesse Klage gegen einen Bergmann, der sich mit einer Schülerin unterhalten hatte und dabei folgende Aeußerung getan haben sollte: „Weißt Du Dein Bruder noch?“ Als diese Frage bejaht wurde, soll er hinzugefügt haben: „Dann wird Dein Bruder in die Streikbrecherliste eingetragen. Nach dem Streik wird Dein Bruder belästigt und verfolgt werden, und dann darfst Du auf keine Festlichkeit mehr kommen.“ Das war eine Drohung, die eine Klage im öffentlichen Interesse gebot und die auch mit 14 Tagen Gefängnis geahndet wurde. (Schluß folgt.)

Aus Mag und Peru.

Von der „Pferdearbeit“ der Volksschullehrer bei überfüllten Klassen weiß man bei unszulande, wo die Naturaufgaben nicht leiden“, genugsam zu erzählen. Alles Dagegen in dieser Hinsicht übertrifft wohl aber ein Bericht aus Obereschlesten über dortige Schulverhältnisse. In Elgoth-Idawick wurden, wie man aus Schönborg schreibt, seit einem Jahre über 430 Kinder von zwei, seit Dezember von vier Lehrern unterrichtet. Bisher aber war 470 Kindern in sechs Klassen von nur zwei Lehrern Unterricht erteilt, da der erste Lehrer wegen Krankheit krank war, der zweite jedoch zu einer achtwöchigen militärischen Übung eingezogen ist. Weitaus im vergangenen Jahre sind von der Gemeinde die städtische und städtische Lehrerstellen bewilligt worden, eine Besetzung hat bis heute noch nicht stattgefunden. Die Gewerkschaften haben, nachdem die Lehrer wegen Mangel an Stellen die Vertretung des beurlaubten Lehrers bei der Regierung kostlos gestellt worden sind und letztere die Demoralisation empfand, beschlossen, der Regierung mitzutheilen, daß sie jede Demoralisation der Lehrer ablehnt, bevor nicht die schon längst beantragte fünfte und sechste Stelle besetzt ist.

Aus dem Lehrerberuf. Aus Berlin im Druck erschienen sind gemeldet, daß im letzten Jahr 74 jähriger Lehrer 174 Kinder unterrichtet, da der zweite Lehrer 8 Wochen krank ist. Was es bei nicht zureichender, für einen Stellvertreter zu sorgen? 174 Kinder zu unterrichten, ist selbst für 2 Lehrer etwas reichlich.

Einen traurigen Ausgang nahm eine Episode für den auf einer Abreise befindlichen Studenten Wally W. aus Kiel, der mit einem seiner besten Freunde in einem Hotel in der Stadt ein Zimmer bewohnte. Ein schmerzhaftes Niesen um die letzte Zigarette des Freundes sollte den W. zum Verhängnis werden. Der Freund meinte, der W. mit einem in einer Epithemische beständiger Dosis zu ab. Im Verlauf des Scherzes kamen beide auf einen Witz zu Fall, wobei die Scherze sich vom Tisch hoben und der W. in die rechte Lunge gerungen ist. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb er schon nach einigen Minuten.

Wegen Geistesgestörtheit straflos, aber doch nach zum „Vollstichter“ geeignet. In Verzecht der Geschworenen des pfälzischen Schwurgerichts findet sich auch der Name Rudolf Ritter, Geschäftsführer in Bad Dürkheim. Dieser Ritter war vor noch nicht langer Zeit wegen Vergehens gegen den oft unpraktischen § 175 D. N. O. B. (homosexuelle Verkehr) in Untersuchungshaft genommen, aber gegen Hinterlegung einer sehr hohen Kaution auf freiem Fuß gesetzt worden. Man wartete vergebens auf eine Verhandlung, bis plötzlich die Kunde kam, daß Verfahren gegen Ritter sei eingestellt, da auf Grund autoritativer ärztlicher Gutachten der Angeklagte für geistig gesund erklärt wurde. Jetzt auf einmal ist der Mann wieder klug genug, um als Geschworener über arme Verbrecher richten zu können! Daher nennt man das Schwurgericht auch „Vollstichter“!

Das Sonderbare hier genugsam gewöhnten Amerikanern nicht unachtsam vorbeigelassen wurde, denn hier und da blieben einzelne stehen und sahen ihr kopfschüttelnd nach. Es war ein alter Bauer von aus: Wallenstedt, der mit seinem erbgelbten Kragenmantel, die Hosen aufgestreift, die Stiefeln fest geschmiert, den Hut etwas nach hinten fest auf den Kopf gedrückt, in der linken Hand sein Bündel und unter dem linken Arm den grünbaumwollenen Regenmantel geklemmt, in der rechten aber die Schaufel haltend, langsam und bedächtig über den Platz herüberkam und nicht ganz einsig mit sich zu sein schien, welche der davon abzuwehenden Straßen er eigentlich wählen sollte. Er blieb manchmal stehen, sah sich nach den verschiedenen Himmelsrichtungen um und konnte dabei zu keinem rechten Resultat gelangen.

Endlich hatte er die Stelle erreicht, auf welcher Helson noch immer in sich verloren stand, ging auf ihn zu, begrüßte leise mit dem Griff des Spatens seinen Ellbogen und sagte:

„Hören Sie einmal, können Sie mir nicht sagen, wo ich hier am schnellsten in die Minen komme?“

Helso drehte sich rasch und fast erschrocken nach dem Frager um, dieser aber, der alldah den Reisegefährten erkannte, fuhr enttäuscht und ziemlich unbekümmert, ob er ihn verstand oder nicht, fort:

„Ach Herrje, Sie sind ja auch von uns; ja, da werden Sie auch noch nichts wissen. Na, nehmen Sie's nicht übel. Gehen Sie auch in die Minen?“

Helson schüttelte unwillig mit dem Kopfe, zum Zeichen, daß er nicht verstehe, was der Fremde sage — konnte er ihn doch nicht einmal in dem weiten eufgehlichen Mantel; zugleich drehte er sich rasch ab von ihm und schritt — jetzt entschlossen, die Fremdenlisten jedenfalls nachzusehen — dem Courthouse zu.

„Na, der ist groß,“ brummte Wallenstedt mürrisch vor sich hin, — „trag Du aber meinetwegen die Nase so hoch Du willst, in vier Wochen tausch' ich doch nicht mit Dir, so viel weiß ich“ — und seinen Spaten fester packend, wollte er eben seinen Weg fortsetzen, als er von ein paar laut lachenden Stimmen angerufen wurde.

„Wallenstedt — he — ha — ha, Wallenstedt!“

Er blieb stehen und drehte sich nach den Rufem um. Aufsichtlich gestanden war ihm aber nichts daran gelegen, von alten Schiffsgegnossen angesprochen und aufgehalten zu werden. Er hatte keine Zeit mehr zu vertödeln, und je eher er in die Minen kam, desto besser. — Wo hin er wanderte, brauchte überdies niemand zu wissen.

(Fortsetzung folgt.)